

a 201

Stellungnahmen 3 (dpa)

das Verhalten der Bonner Bundesregierung in der Frage des deutschen Vermögens in Österreich wird heute von der SPD scharf geruegt.

Der ganzen Welt sei doch bekannt gewesen, schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst, dass gerade die Frage des deutschen Eigentums einer der strittigsten Verhandlungspunkte um den österreichischen Staatsvertrag gewesen sei.

Nur der Regierung in Bonn scheine das entgangen zu sein oder sie habe es nicht fuer noetig gehalten, ihren westlichen Verbündeten ihre berechtigten Forderungen vorzutragen und habe nicht darauf gedrungen, bei Veränderungen in der Behandlung dieser Frage unterrichtet und gefragt zu werden. vier

...

✓
2155-

... vier

Milliarden D-Mark deutsches Vermögen seien in Gefahr, das sei nicht viel gegenüber 20 Milliarden, die der Bundeskanzler schon in den USA nicht habe losreisen können. Der westdeutsche Protest werde nicht zur Annullierung des Staatsvertrages führen, günstigenfalls sei durch Verhandlungen eine geringfügige Modifikation erreichbar. (Fortsetzung) +2157+ba+ /5